



Reglement über allgemeine Gebühren der Stadtverwaltung (GebR)

vom 28. Juni 2017

Der Stadtrat,

gestützt auf Art. 49 GO¹ und § 13 Abs. 1 erster Satz des Verwaltungsrechtspflegegesetzes²,

beschliesst³:

A. Allgemeine Grundsätze

Art. 1 ¹ Dieses Reglement gilt für Gebühren der gesamten Stadtverwaltung, einschliesslich des Schulbereichs: Geltungsbereich

- a. zur Abgeltung einfacher Verwaltungstätigkeiten;
- b. für Leistungen mit einem Marktwert;
- c. für Leistungen, bei denen das Mass der Abgabe aufgrund des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips durch die Gebührenadressaten überprüfbar ist.

² Vorbehalten bleiben besondere Gebührenvorschriften.

Art. 2 Gebühren schuldet, wer eine Amtshandlung veranlasst oder eine städtische Leistung in Anspruch nimmt. Adressatenkreis

Art. 3 Die Gebühren werden von der in der Sache zuständigen Verwaltungsstelle in einer Verfügung oder in einer Rechnung festgesetzt. Zuständigkeit

Art. 4 ¹ Die Gebühr wird nach einem oder mehreren der folgenden Gesichtspunkte festgesetzt: Bemessung a. Im Allgemeinen

- a. gesamter Aufwand der Verwaltung für die konkrete Verrichtung;
- b. objektive Bedeutung des Geschäfts;
- c. Nutzen und Interesse der gebührenpflichtigen Person an der Verrichtung.

² Gebühren können nach einem Pauschaltarif erhoben werden.

¹ vom 26. April 1970, AS 101.100.

² vom 24. Mai 1959, VRG, LS 175.2.

³ Begründung siehe STRB Nr. 540 vom 28. Juni 2017.

Der Pauschaltarif bemisst sich in der Regel nach den Durchschnittskosten einer Amtshandlung oder einer städtischen Leistung.

³ Die gebührenpflichtige Person wird vor der weiteren Bearbeitung benachrichtigt, wenn eine Leistung einen unerwartet hohen Aufwand verursacht.

⁴ In besonderen Fällen können die Gebühren über die in diesem Reglement festgesetzten Höchstbeträge hinaus angemessen erhöht werden; der Entscheid ist zu begründen.

b. Bei Wiedererwägungsgesuchen

Art. 5 Bei Wiedererwägungsgesuchen werden die Gebühren festgesetzt:

- a. nach Aufwand;
- b. nach der Schwierigkeit des Falls;
- c. nach dem Streitwert oder dem tatsächlichen Streitinteresse.

Mehrwertsteuer und Auslagen

Art. 6 ¹ In den Gebühren ist die Mehrwertsteuer in der Regel nicht inbegriffen.

² Mit den Leistungen verbundene Auslagen wie Post- und Telefongebühren, Datenträger, Spesenentschädigungen, Expertenhonoreare sowie Material- und Publikationskosten können zusätzlich zu den Gebühren in Rechnung gestellt werden.

Schreib- und ähnliche Gebühren

Art. 7 ¹ Für die Ausfertigung von Verfügungen und Rechtsmittelentscheiden sowie im Verwaltungsstrafverfahren werden Schreibgebühren erhoben. Für Papierausdrucke werden ebenfalls Gebühren erhoben.

² Die Schreibgebühren können zusätzlich zu den Gebühren für Leistungen der Verwaltung erhoben werden.

Erfolglose Zustellung

Art. 8 ¹ Das Gemeindepersonal nimmt die Zustellung gebührenpflichtiger Verfügungen vor, wenn eine Postzustellung erfolglos geblieben ist oder sich als unmöglich erweist.

² Erfolgt die Zustellung durch das Gemeindepersonal, wird neben den Kosten der erfolglosen Postzustellung der zehnfache Betrag der für die Sendung in Betracht fallenden Portotaxen erhoben.

Gebührenverzicht

Art. 9 ¹ Auf die Erhebung von Gebühren und Auslagen kann von Amts wegen oder auf Gesuch hin ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn:

- a. für die gebührenpflichtige Person ein Härtefall vorliegt;
- b. die Amtshandlung oder die Inanspruchnahme der städtischen Leistung im öffentlichen Interesse liegt und damit gemeinnützige oder wissenschaftliche Interessen verfolgt werden;
- c. andere besondere Gründe vorliegen.

² Für die Amtstätigkeit in Angelegenheiten der öffentlichen Sozialhilfe werden in der Regel keine Gebühren und Auslagen erhoben.

³ Gebühren und Auslagen können ganz oder teilweise nachgefordert werden, wenn innert fünf Jahren seit dem Gebührenverzicht kein Härtefall mehr vorliegt.

Art. 10 ¹ Die gebührenpflichtige Person kann innert zehn Tagen seit der Zustellung der Gebührenrechnung eine anfechtbare Verfügung verlangen, sofern mit der Rechnung nicht bereits eine Gebührenverfügung versandt worden ist.

² Wird die Rechnung nach Mahnung nicht beglichen, erlässt die zuständige Verwaltungsstelle eine anfechtbare Verfügung.

Art. 11 ¹ Für die Kostenaufgabe, die Aufteilung der Gebühren und Auslagen bei mehreren Beteiligten, für Kostenvorschüsse, die unentgeltliche Rechtspflege, für Parteientschädigungen sowie für die Fälligkeit und die Vollstreckung gelten die §§ 13 – 17 und 29 – 31 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁴.

² Die zuständige Verwaltungsstelle kassiert Gebühren von weniger als Fr. 20.– in der Regel sofort ein. Ist dies nicht möglich, so ist der gebührenpflichtigen Person ein ausgefüllter Einzahlungsschein mitzugeben oder zuzustellen.

³ Gebührenforderungen können verrechnet werden.

Art. 12 ¹ Die Gebühren- und Auslagenforderungen nach diesem Reglement verjähren fünf Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

² Die Verjährung wird durch jede Handlung unterbrochen, mit der die Gebühren- und Auslagenforderung bei der gebührenpflichtigen Person geltend gemacht wird. Mit der Unterbrechung beginnt die Verjährung von neuem.

³ Die Verjährung tritt in jedem Fall zehn Jahre nach Ablauf des Jahres ein, in dem die gebührenpflichtige Leistung erbracht oder in Anspruch genommen worden ist.

⁴ LS 175.2

B. Einzelne Gebühren

Tarife	Art. 13 Die Gebühren richten sich nach den allgemeinen Grundsätzen und werden in den nachfolgenden Bestimmungen konkretisiert.	
Schreib- gebühren	Art. 14 Es werden folgende Schreibgebühren erhoben:	Fr.
	a. für die 1. Ausfertigung je Seite Format A4 für höchstens bis zur Hälfte beschriebene Seiten (ohne Unterschriftenteil und Kosten- aufstellung) für engbeschriebene oder gedruckte Seiten erhöht sich die Gebühr um 50 %;	15 5 – 10
	b. für die 2. bis 10. Ausfertigung je Seite kopiert gedruckt;	3 7
	c. für jede weitere Ausfertigung je Seite kopiert gedruckt;	1.50 3
	d. für Vorladungen und Zahlungsaufforderungen;	7
	e. für Fotokopien je nach Auflage;	–.50 – 2
	f. für Plankopien und dergleichen die Selbst- kosten.	
Verwaltungs- gebühren	Art. 15 Es werden folgende Verwaltungsgebühren erhoben:	Fr.
	a. für Zeugnisse, Ausweise, schriftliche Aus- künfte besonderer Art und Abgabe von Willenserklärungen im Interesse Dritter;	10 – 375
	b. für Begutachtungen zuhanden der Aufsichts- behörden oder anderer Behörden;	15 – 300
	c. für die Erteilung von Bewilligungen und Kon- zessionen;	15 – 1000
	d. für die Ausübung behördlicher Aufsichts- und Kontrollfunktionen;	25 – 1500
	e. für die Bearbeitung von Informations- zugangsgesuchen gemäss § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 ⁵ ;	100 – 500

⁵ LS 170.4

- | | | |
|----|--|---------|
| f. | für Beschlüsse und Verfügungen, mit denen eine Sache ohne materiellen Entscheid erledigt wird, können die in den lit. d und e aufgestellten Ansätze bis auf einen Fünftel herabgesetzt werden; | |
| g. | für die zweite und jede weitere schriftliche Mahnung nach Ablauf der Zahlungsfrist; | 20 – 50 |
| h. | für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Löschung einer Betreuung. | 50 |

Art. 16 ¹ Die Gebühren werden für jede erwachsene Person und für jedes Dokument erhoben. Einwohnerkontrolle

² Fremdenpolizeiliche Gebühren sind zusätzlich geschuldet.

³ Im Einzelnen gelten folgende Gebühren: Fr.

- | | | |
|----|---|----|
| a. | Anmeldung zur Niederlassung, einschliesslich Bestätigung, Schriftenaufbewahrung und -rückgabe sowie Adresswechsel in der Gemeinde; | 20 |
| b. | Anmeldung zum Aufenthalt, einschliesslich Bestätigung, Schriftenaufbewahrung und -rückgabe | 60 |
| | Wiederholung der Anmeldung; | 60 |
| c. | Auszüge aus dem Einwohnerregister; | 30 |
| d. | Aufforderung zur Abgabe, Erneuerung oder Vorweisung von Schriften oder zur Anmeldung oder Meldung eines Adresswechsels; | 20 |
| e. | Auskünfte aus dem Einwohnerregister: | |
| | – Voraussetzungslose Auskünfte | 10 |
| | – Auskunft, wenn berechtigtes Interesse vorausgesetzt wird; | 20 |
| f. | Gesuch für den erstmaligen Lernfahrausweis sowie Umtausch des ausländischen Führerausweises und die damit verbundene Identitätskontrolle. | 20 |

Gastgewerbe	Art. 17	Es gelten folgende Gebühren:	Fr.
	a.	für die Erteilung von Patenten für:	
	–	Gastwirtschaften	100 – 1000
	–	Kleinverkaufsbetriebe	50 – 500
	–	vorübergehend bestehende Betriebe;	20 – 200
	b.	für die Erteilung von Bewilligungen zur Hinausschiebung der Schliessungsstunde in Gastwirtschaften für:	
	–	dauernde Ausnahme	500 – 1000
	–	jährliche Kontrollgebühr bei dauernden Ausnahmen	300 – 1500
	–	vorübergehende Ausnahmen.	100 – 500
Verwaltungs- strafverfahren	Art. 18	Im Verwaltungsstrafverfahren werden folgende Gebühren erhoben:	Fr.
	a.	Spruchgebühr	20 – 300
	b.	Untersuchungsgebühr (nach Einsprache);	20 – 1500
	c.	Überweisungsgebühr (nach Einsprache).	20 – 70
Verwaltungs- rechtspflege	Art. 19	Für Rechtspflegeentscheide werden folgende Gebühren erhoben:	Fr.
	a.	Entscheide in der Hauptsache:	
	–	Minimalgebühr	150
	–	einfache Fälle	150 – 400
	–	mittelschwere Fälle	400 – 700
	–	sehr aufwendige Fälle	nach Aufwand
	–	bei mehreren Einsprechenden im gleichen Verfahren mindestens;	je 150
	b.	Nichteintretens- und andere verfahrens-erledigende Entscheide in Sonderfällen;	100 – 400
	c.	Instruktionsverhandlungen (zusätzlich zur Gebühr in der Hauptsache);	100 – 200
	d.	selbständige Zwischenverfügungen.	50 – 300

C. Schlussbestimmungen

Art. 20 Die Departemente und Dienstabteilungen können im Rahmen dieses Reglements:

Ausführungs-
erlasse

- a. in Anwendung von Art. 1 – 12 dieses Reglements weitere Gebühren festsetzen, wobei abweichende Regelungen zur Erhebung der Mehrwertsteuer und zum Gebührenverzicht möglich sind;
- b. die Gebührenansätze gemäss Art. 13 – 19 dieses Reglements näher ausführen.

Art. 21 Ziff. 1.2 von STRB Nr. 25/1998 wird aufgehoben.

Aufhebung bis-
herigen Rechts

Art. 22 Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Inkrafttreten